

Die Energie wird Putins Hebel

VON GREGOR MAYNTZ

Selten hat das Bild vom „Öl ins Feuer gießen“ so gut gepasst wie bei den Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zu Recht fühlt sich die gesamte Europäische Union von dem brutalen und mörderischen Bruch aller Regeln durch Wladimir Putin in der eigenen Friedensordnung angegriffen. Alles zu unterlassen, was den Krieg verlängert, ist deshalb die nächstliegende Reaktion. Deshalb hat die EU bereits fünf Sanktionspakete geschnürt und sowohl Putin als auch sich selbst durch selten erlebte Einigkeit beeindruckt.

Beim sechsten droht sich die EU nun zu verheben. Es kommt schon im Entwurf löchrig daher: sechs Monate bis zum Stopp des Rohöls, acht bis zum Embargo auch der Ölprodukte. Ungarn darf noch zwei Jahre länger einkaufen, bleibt trotzdem beim Veto – und täglich fließen dreistellige Millionenbeträge für Energie aus der EU nach Moskau. Wegen der steigenden Preise sogar mehr als zuvor. Die spontane Reise von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Budapest zeigt die reale Gefahr, dass es dieses Mal nicht um die EU-typische Theatralik vor zähen Einigungsrunden geht, sondern die Einigung selbst auf dem Spiel steht.

Die Verantwortlichen in Brüssel geraten zudem zwischen die Fronten: Die Erwartungen der Ukraine wachsen, zugleich auch die Befürchtungen in den Mitgliedsländern, dass dieses Paket in Russland wenig bewirkt, umso mehr jedoch zu Hause. Schon verlieren in Brüssel die Ersten die Nerven und meinen, dann solle das Embargo eben ohne die Ungarn beschlossen werden. Für Putin wäre das die Einladung, die Einigkeit der Europäischen Union weiter auszutesten. Etwa mit dem Stopp von Gaslieferungen. Mit ihren kolossalen Fehlern der Vergangenheit haben ihm die EU-Staaten selbst das größte Werkzeug in die Hand gelegt, um die Einigkeit der EU auszuhebeln.

Eine Ministerin wird zur Belastung

VON JAN DREBES

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht sorgt für Schlagzeilen. Wieder einmal, muss man leider sagen. Die SPD-Politikerin steht nun in der Kritik, weil sie ihren Sohn in einem Regierungshubschrauber mitgenommen hat, kurz bevor sie auf der für Luxusurlaube bekannten Insel Sylt eine Oster-Auszeit antrat. Alles regelkonform? So gibt es das Verteidigungsministerium an. Denn rechtlich darf Lambrecht Angehörige mitnehmen, solange sie die Kosten für den Mitreisenden begleicht. Einen unangenehmen Beigeschmack hat das Ganze dennoch. Schließlich lässt Lambrecht damit politisches Fingerspitzengefühl vermissen. Das Land befindet sich wegen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine in einer schweren Krise, diskutierte auch schon zu dem Zeitpunkt des Fluges über das richtige Maß an Unterstützung, über Waffenlieferungen und die mangelnden Fähigkeiten der Bundeswehr. Und Lambrecht reist nach Sylt.

Ihr Sohn teilt in sozialen Medien ein protziges Foto aus dem Hubschrauber mit der Unterzeile „Happy Easter“ – „frohe Ostern“. Sehr unpassend, gelinde gesagt. Lambrecht hatte in der Vergangenheit ihren Sohn häufiger mitgenommen, schon zu ihren Zeiten als Justizministerin. Doch in dieser politischen Gemengelage ist ein solcher Fall pikant.

Immer wieder wurde auch Ärger über die Amtsführung der SPD-Politikerin laut, etwa bei ruppigen Personalentscheidungen oder nach ihrem Versuch, 5000 Bundeswehrhelme für die Ukraine als starkes Signal zu verkaufen. Zumal sie sich vor der Wahl schon in den politischen Ruhestand verabschiedet hatte, um wieder ihrem „Traumberuf“ Anwältin nachgehen zu können. Lambrecht ist längst zur Wackelministerin geworden – und das in einem Amt, das in dieser Lage von zentraler Bedeutung ist. Für den Kanzler wird die Ministerin auf diesem Weg immer mehr zur Belastung.



IM FREIEN FALL

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE China und Russland verstehen sich prächtig - das gilt politisch, aber auch für die Staatschefs persönlich. Pekings Propaganda übernimmt die Moskauer Vorlagen. Trotzdem hält sich China mit direkter Hilfe zurück.

Freundschaft mit Grenzen

VON FABIAN KRETSCHMER

Als Wladimir Putins Panzer in Richtung der ukrainischen Hauptstadt Kiew rollten, liefen im kommunistischen Parteiapparat in Peking schon bald die Drähte heiß. Die Staatsführung ordnete nach den verheerenden Sanktionen der westlichen Staaten gegen Russland umgehend an, auch die eigene Volkswirtschaft einem geopolitischen „Stresstest“ zu unterziehen. Man wollte ganz genau studieren, wie anfällig China für westliche Repressionen wäre. Denn der Ernstfall könnte auch für Peking schon bald eintreten: Immer offener redet Staatschef Xi Jinping von seiner „Wiedervereinigung“ mit der „abtrünnigen Provinz“ Taiwan – notfalls auch mit militärischer Gewalt.

Noch zu Beginn des russischen Angriffskriegs gegen den ukrainischen Nachbarn zeigten sich die europäischen Diplomaten in Peking aufrichtig schockiert über die chinesische Loyalität gegenüber Putin, die weiterhin ungebrochen scheint. Man rechnete damals noch damit, dass es nicht im Interesse der Volksrepublik liegen würde, zu einem international isolierten Paria-Staat zu halten, dessen wirtschaftliche Attraktivität überschaubar ist: Der russisch-chinesische Handel erreicht nicht einmal ein Drittel des Volumens, das der chinesische Warenverkehr mit Europa auf die Waage bringt.

Erst langsam sickerte auch im Westen das Bewusstsein durch, dass Staatschef Xi Jinping eine viel längerfristige Vision hegt: die Umgestaltung der westlichen Weltordnung, für die Peking und Moskau sich gegenseitig brauchen. Nur so lässt sich erklären, dass Chinas Staatsmedien nahezu vollständig die russische Propaganda übernommen haben. Der Krieg wird der eigenen Bevölkerung als „Militäroperation“ verkauft, die vor allem von den USA provoziert worden

sei. Und auf den Landkarten des Rundfunksenders CCTV sind schon längst die Grenzen des ukrainischen Territoriums nicht mehr eingezeichnet.

Die enge Beziehung zwischen den zwei Staaten hat auch eine persönliche Komponente: Xi und Putin sind quasi Brüder im Geiste. Sie beide vertrauen den Untergang der Sowjetunion, verachten die Dekadenz des Westens und lehnen unabhängige Medien ab. Sie entstammen derselben Generation, kennen Armut aus persönlicher Erfahrung und wuchsen unter starken Vaterfiguren auf. Und auch abseits der biographischen Parallelen stehen sich die zwei Staatschefs prächtig: Nicht weniger als 38 Mal haben sie einander in den vergangenen zehn Jahren getroffen – und während ihrer Besuche gemeinsam gekocht, Geburtstage gefeiert und Wodka getrunken.

Doch genau diese persönliche Nähe könnte sich schon bald als trügerisch erweisen. Genau wie die mittlerweile desaströse Null-Covid-Politik ist auch die chinesische Verbrüderung mit Moskau aufs Engste mit der Person Xi Jinping verknüpft. Dieser gilt in der heimischen Propaganda als unfehlbar. Dementsprechend schwierig ist es nun für die chinesische Regierung, den eingeschlagenen Kurs zu korrigieren.

Doch zumindest ist in den mittlerweile zweieinhalb Monaten seit Ausbruch des Kriegs auch deutlich geworden, dass die offiziell „grenzenlose Freundschaft“ zwischen der Volksrepublik und Russland sehr wohl Grenzen hat: Bislang gibt es zum Beispiel keine Anzeichen dafür, dass China direkte Militärhilfe für Moskau leistet. Zudem verstoßen chinesische Firmen nicht offen gegen die bestehenden Sanktionen. Nicht einmal neue Ölverträge haben die beiden Staaten bislang abgeschlossen, obwohl Moskau sein Schwarzes Gold derzeit mit Rekord-Rabatten am asiatischen Markt feilbietet.

INFO

Russland unterstützt China im Taiwan-Konflikt

Konflikt Seit Beginn des russischen Kriegs verweisen Beobachter immer wieder auf China und Taiwan – die Volksrepublik betrachtet Taiwan ähnlich wie Russland Teile der Ukraine als Bestandteil des eigenen Territoriums und strebt eine Wiedervereinigung an. Taiwan hat seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine seine Alarmstufe erhöht. Es befürchtet, dass China militärisch gegen die Insel vorgehen könnte. Konkrete Anzeichen dafür gibt es bisher aber nicht.

Russland Präsident Wladimir Putin unterstützt die Haltung der Pekinger Regierung zu Taiwan. China und Russland hatten vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs einen Freundschaftspakt geschlossen.

Disput China weist Vergleiche seiner Politik mit Russlands Vorgehen in der Ukraine zurück. Japan übertreibe angeblich von China ausgehende Drohungen, erklärte das Außenministerium in Peking vergangene Woche. Japan nutze die angebliche Gefahr als Vorwand, um aufzurüsten. China reagierte damit auf Äußerungen des japanischen Premierministers Fumio Kishida, der auf Taiwan verwiesen und erklärt hatte: „Die Ukraine kann morgen Ostasien sein.“ (rtr)



Wladimir Putin und Xi Jinping Anfang Februar in Peking. FOTO: AP

Ganz offensichtlich möchte keines der chinesischen Unternehmen zum zweiten Huawei werden: Das Telekommunikationsunternehmen, das einst als internationales Aushängeschild der Volksrepublik galt, wurde durch die US-Regierung von amerikanischen Technologieimporten abgeschnitten – und damit wirtschaftlich in die Schranken gewiesen. Seither spielt Huawei in seinem einstigen Kerngeschäft, dem Verkauf von Smartphones, praktisch keine Rolle mehr.

Volkswirtschaftlich kann sich China insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt keine Sanktionen des Westens leisten. Durch die anhaltenden Lockdowns steht das Land vor einem historisch niedrigen Wachstum und wird nur mit Mühe seine mehr als zehn Millionen Universitätsabgänger mit Jobs versorgen können. Und erst Anfang der Woche kam die Meldung, dass Chinas Exportwachstum auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahren gefallen ist.

Doch fallenlassen wird Peking seinen Verbündeten in Moskau unter gar keinen Umständen. Denn die zwei Staaten brauchen einander angesichts der sich zunehmend polarisierenden Weltordnung mehr denn je. In der Vergangenheit war dies nicht immer der Fall. Russland und China, die eine 4200 Kilometer lange Grenze teilen, leisteten sich zu Sowjetzeiten in den 60er-Jahren ein spektakuläres Zerwürfnis, das beinahe zu einem militärischen Konflikt geführt hätte. Beim Zwischenfall am Grenzfluss Ussuri 1969 bereiteten sich beide Länder gar darauf vor, im Notfall auch ihre Atomwaffen einzusetzen. Zum Glück ist es anders gekommen.

Doch eine organisch gewachsene Freundschaft hat sich zwischen den beiden riesigen Staaten trotzdem niemals entwickelt. Stattdessen herrschten vor allem Misstrauen und Entfremdung vor. Dass die chinesisch-russischen Beziehungen derzeit dennoch auf einem historischen Rekordhoch sind, ist eine politisch verordnete Zweckgemeinschaft, keine Herzensangelegenheit.

WISSENSDRANG

Zu den Gräueltaten in der Ukraine passen russische Forderungen, alles Ukrainische zu zerstören. Manche Experten sprechen daher nicht nur von Kriegsverbrechen, sondern von Völkermord. Der Begriff steht nicht nur für einen Verbrechenstyp. Völkermord wird durch die Assoziation mit dem Holocaust als das „Verbrechen schlechthin“ betrachtet: als Inbegriff des Bösen. Entwickelt wurde der Begriff von dem polnisch-jüdischen Juristen Raphael Lemkin, der viele Familienmitglieder in den deutschen Vernichtungslagern verloren hatte. Lemkin wollte ein internationales Recht schaffen, das auch unbeteiligte Regierungen zwingt, bei einer gezielten Ermordung von ethnischen, sozialen oder religiösen Gruppen einzuschreiten. Die Ver-

Der Inbegriff des Bösen

Völkermord gilt oft als „das Verbrechen schlechthin“. Aber der Begriff hat Lücken.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

antwortlichen sollten auch dann vor Gericht gestellt werden können, wenn sie in ihrem Land vor Strafverfolgung geschützt wurden. Der Begriff verkörpert daher wie kein anderer die Hoffnung auf gerechte Vergeltung staatlich organisierter Verbrechen. Dass man bei organisierten Großverbrechen vor allem an diese Kategorie denkt, hat jedoch auch Nachteile. Auch die Kategorie Völkermord ist durch politische Machtinteressen geprägt worden, die bis heute die Aufmerksamkeit lenken – und ablenken. Ursprünglich sollte der Begriff auch Verbrechen gegen soziale und politische Gruppen einschließen wie das gezielte Verhungernlassen von Millionen von Bauern in der Ukraine durch Josef Stalin. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten ließen das nicht zu. Un-

ter die Endfassung der UN-Völkermordkonvention fallen nur Aktivitäten, die darauf zielen, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Die gezielte Vernichtung sozialer und politischer Gruppen bekommt daher bis heute weniger Aufmerksamkeit. Dabei hat Mao Tse-tungs „Großer Sprung nach vorn“, die selbst erzeugte Hungersnot, in China 45 Millionen Menschen das Leben gekostet – wohl der größte Massenmord des 20. Jahrhunderts. Keiner der Hauptverantwortlichen stand je unter Anklage.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.